

Heisse Luft um Klimapolitik

Nichts ist zurzeit leichter als bei der Klimapolitik Maximalforderungen zu stellen. Das kommt beim Publikum gut an und kostet nichts – schon gar nicht Mut. Es bringt dem Klima allerdings auch nichts. Insofern hat es sich der Zürcher Gemeinderat sehr leicht gemacht, als er am 3. April eine Motion der Fraktionen SP, Grüne, GLP, AL und der Parlamentsgruppe EVP für dringlich erklärte, die bis 2030 eine Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr auf netto Null forderte. Das ist etwa so realistisch wie die Forderung „Freie Sicht aufs Mittelmeer“ der Zürcher Jugendbewegung der 80er. Jene bezeugten mit ihrem frechen Spruch immerhin eine gehörige Portion Humor und waren realistisch genug, ihre Forderung nicht in der Gemeindeordnung verankern zu wollen. Das hatten sie der rot-grünen Mehrheit des Zürcher Gemeinderates voraus. Zweifellos wird ihre Klientel dennoch gerne hören, dass die Politik sich in Sachen Klimakrise bewegt. In einem Wahljahr ist das nicht ganz unwichtig.

Schwieriger, weil unpopulär, ist es auf dem Boden der Realität zu bleiben, auch wenn Jugendliche zu Tausenden demonstrieren. Auch mir sind sie sympathisch. Auch ich kann nachvollziehen, dass sie mit der bisherigen Politik ihrer Eltern nicht einverstanden sind. Nach dem Unerreichbaren zu streben, überzogene Forderungen zu stellen, alles sofort, hier und jetzt zu wollen, ist ein Privileg der Jugend. Sie ernst zu nehmen, hiesse aber zusammensitzen und konkrete und realisierbare Lösungen suchen. Dazu würde auch gehören, sich Gedanken über Wirksamkeit, Kosten und Konsequenzen von Massnahmen zu machen. So lese ich gerade, dass die Schweiz im Inland nur etwa halb so viel CO₂ pro Kopf ausstösst wie andere Industrienationen. Hingegen verursache unsere Volkswirtschaft im Ausland überdurchschnittlich viel CO₂. Hier böte sich doch ein konstruktiver Ansatz. Aber im Gegenteil, die Motionäre lehnen Zertifikate im Ausland ausdrücklich ab. Die grösseren Zusammenhänge zu leugnen, ist für das Klima kontraproduktiv. Das Klima lässt sich nun mal nicht innerhalb der Stadtgrenze regeln und es genügt auch nicht, sich zu fragen „inwiefern eine Stadt ihre CO₂-Bilanz nicht auch mit dem direkten Umland koordinieren muss“.

Die Motionäre haben recht, wenn sie sagen, es reiche nicht, sich mit symbolischen Handlungen aus der Verantwortung zu stehlen. Aber genau das tun sie. Der Umwelt müssen wir Sorge tragen, aber mit realistischen Massnahmen

Albert Leiser
Direktor Hauseigentümerverbände Stadt und Kanton Zürich